

# Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Tageszeitung: Riesaer Tageblatt, Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Kreishauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Kriminalbehörde beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postleitzettel: Dresden 1534  
Glocke Riesa Nr. 52.

Nr. 242.

Dienstag, 16. Oktober 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorwagazierung, für die Zeit vom 13. bis 19. Oktober 1923 Millionen Wt. einheitlich. Bringerlohn. Für den Fall des Eintrittes von Produktionsunterbrechungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachförderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabedates sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Seite (6 Silben) 120 Wt.; die 20 mm breite Reklameseite 400 Wt.; zentraler und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Der jeweils zur Berechnung gelangende Seitenpreis ergibt sich aus vorstehenden Grundzahlen vervielfacht mit der am Tage der Aufnahme gültigen Anzeigenabschluszahl. Eine Taxe. Gewilligter Rabatt erhält, wenn der Betrag verfällt, durch Abzug eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Kontakt gerät. Auslagerungs- und Erfüllungsort: Riesa. Aktiengesellschaftsbeiträge, "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlags-, oder der Versicherungsanstalt — hat der Besitzer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Vanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa. für Anzeigenstell: Wilhelm Dittrich, Riesa. Schlüsselzahl: 600000.

## Die Schaffung der Rentenmark.

### Eine Zwischenlösung der Währungsfrage.

■ Berlin. Auf Grund des Ermächtigungsgesetzes hat die Reichsregierung die Errichtung einer Deutschen Rentenbank beschlossen. Die Papiermark bleibt das gesetzliche Zahlungsmittel. Neben der Papiermark ist in der von der Deutschen Rentenbank ausgebenden Rentenmark ein wertbeständiges Umlaufmittel geschaffen, das von allen öffentlichen Kassen in Zahlung genommen wird.

Die Rentenmark ist gesichert durch aus Goldmark laufende erkräftige Grundsäule auf den gesamten deutschen Grundbesitz und erkräftige Goldobligationen der Industrie, des Handels und der Banken. Sie ist jederzeit einzubarren gegen vergünstigte Goldrentenbriefe.

Es darf mit Zuversicht erwartet werden, daß dieses neue Zahlungsmittel, das nach seiner Eigenart das Höchstmah an Sicherheit bietet, im Verkehr mit uneingeschränktem Vertrauen aufgenommen wird.

Die Deutsche Rentenbank wird von Vertretern der Landwirtschaft, der Industrie, des Handels, des Gewerbes und der Banken errichtet werden. Die Mitglieder des Verwaltungsrates sind aus führenden Kreisen der gesamten deutschen Wirtschaft bereits gewählt. Der Auftrag zur Auferstehung der Rentenbanksscheine, die die Unterschriften dieser Persönlichkeiten tragen werden, ist erteilt worden. Die Deutsche Rentenbank wird dem Reich eine Zahlungsmittel in Betrage von 1,2 Milliarden Rentenmark zur Verfügung stellen. Gleichzeitig mit der Ausgabe der Rentenbank wird die Reichsbank die Diskontierung von Schatzanweisungen des Reichs einstellen. Dadurch wird die Inflationsdauer der Papiermark geschlossen und für die Reichsbank die Bahn zur Befriedung ihrer Eigenschaft als einer wahren Goldnotenbank freigemacht. Die Rentenmark wird in einigen Wochen im Verkehr erscheinen. Um bald möglichst viel wertbeständige Zahlungsmittel in den Verkehr zu bringen, hat die Reichsregierung außerdem die Ausgabe von kleinen Säulen der Goldanleihe (1, 2 und 5 Dollars) bis zum Be-

troge von 200 Millionen Goldmark beschlossen. Damit nicht auf die Dauer zu viel verschiedenartige Zahlungsmittel im Verkehr bleiben, ist das Reich bereit, im Laufe des Januar nächsten Jahres die kleinen Goldanleihecheine auf Wunsch in Rentenmark umzutauschen. Wer die Goldanleihe als Anlageparier behalten will, wird hieran selbstverständlich nicht gehindert werden. Diese von der Reichsregierung heute beschlossenen Maßnahmen sind eine Zwischenstufe zur endgültigen Lösung der Währungsfrage, die nur in der Rückkehr zur Goldwährung bestehen kann.

### Neues Geld in der ersten oder zweiten Novemberwoche.

Über das Währungsgesetz will der Berl. Lokalanz. folgende Einzelheiten wissen: Das neue Geld soll in Scheinen von 1, 2, 3, 5, 10, 50, 100 und 1000 Rentenmark ausgegeben werden. Kleine Stücke in Platten sollen geprägt werden, und zwar aus einer Mischung von Aluminium und Nickel. Sowohl der Druck der Scheine als auch die Prägung der Scheidemünzen ist bereits im Gang. Voraussichtlich wird das neue Geld in der ersten oder zweiten Novemberwoche in Umlauf gebracht werden. Die neue Rentenbank wird als Leiter einen Präsidenten haben, der bis zur Stunde jedoch noch nicht ernannt ist. Der Verwaltungsrat wird aus 14 Mitgliedern bestehen. Die Errichtung der Rentenbank soll noch in dieser Woche erfolgen.

Voraussetzung jeder endgültigen Regelung unserer Verhältnisse ist neben der Klärung der außenpolitischen Lage die Wiederherstellung der finanziellen und wirtschaftlichen Ordnung im Innern. Dafür sollen das Ermächtigungsgesetz und das Arbeitsbeschaffungsamt den Grund legen. Auf dem Boden des Ermächtigungsgesetzes sind bereits die Erstellungen der Steuern auf Goldberechnung erfolgt, die Demobilisierungsverordnung zwecks Befreiung der deutschen Wirtschaftskraft von Hemmungen geändert und die Grundlage für durchgehende Einschränkungen der Ausgaben geschafft. Auf dieser Bahn wird die Reichsregierung forschreiten.

### Die Stilllegung der Außenpolitik.

Es ist eine Tatsache, die man beklagen kann, die man aber anerkennen muß, daß die durch das Ermächtigungsgesetz auf eigene Faute gestellte Reichsregierung ihre Außenpolitik zunächst fast ausschließlich den Verhältnissen im Innern zuwenden muß. Grundsätzlich wird durch diesen Anfang der Verhältnisse allerdings nichts geändert, denn die Außenpolitik, die dem Deutschland der Nachkriegszeit noch verblieben ist, bestand ja im wesentlichen im Ablassen von Noten und Protesten, die in dem großen Pariser Papierkoffer zum größten Teil unbestritten zu verschwinden pflegten. Die kurze Zeitspanne, in der man verucht hat, politisches Wollen durch entsprechende Handlung zu umsetzen, der Gesichtsabschnitt des passiven, also positiven Widerstandes, ermutigt in ihrem Erfolg vorläufig nicht zu Wiederholungen.

Frankreich scheint die Absicht zu haben, Deutschland augenblicklich seinen inneren Sorgen zu überlassen und zwar in der Hoffnung, durch Besperrung des Verhandlungsvertrages und betonte Nichtanerkenntnung der deutschen Regierung autorität die Kritik im Innern des Reichs noch zu verstärken. Diese Politik des Bühnens wirkt sich naturngemaß in erster Linie in den von Frankreich gewünschten Besiegungsergebnissen auf das besetzte Gebiet aus. Wie eine Wunde schwärzt die Krieger im Westen am deutschen Volkskörper. Der Kampf ist abgebrochen, der Friede wird, genau wie im Jahre 1918, hinausgezögert, um die Leiden des Unterlegenen zu steigern. So ergeben sich denn die an sich nicht gerade erfreulichen Tatsachen, daß Privatheit, wenn auch im engen Einvernehmen mit den Leitern der Reichspolitik, mit den Befreitem der Einbruchskräfte in Verhandlungen treten müssten.

In England wird diese von Frankreich geforderte Stilllegung der Außenpolitik natürlich äußerst unangenehm empfunden. Die Rede Lord Curzon vor der britischen Reichskonferenz ist für die Stimmung Großbritanniens kennzeichnend. Die Pariser Unterredung zwischen Poincaré und Baldwin, die angeblich eine Entspannung gebracht hat, läßt für England gerade dort die Erkennung vermissen, wo Englands Interesse in Frage steht. Zwischen Poincaré und Baldwin war abgemacht worden, daß Frankreich auf jeden Verlust zur Sicherung Deutschlands verzichtet, daß es insbesondere die Separatistenbewegung im Rheinland nicht unterstutzt und im übrigen England an dem Ruhrkampfe beteiligt. Nichts davon ist bisher geschehen. Die französische Politik hat im Gegenteil mit verstärkter Kraft verucht, das morsche Reichsgebäude in allen Grundfesten weiter zu erschüttern. Die offene Begünstigung der Separatistenbewegung im Rheinland, die öffentlich gefälschten Meldungen über die Tüftedorfer Zusammenkünfte, bedeuten einen herausfordernden Bruch der Pariser Abmachungen. Es ist daher anzunehmen, daß von England Seite her wieder etwas Bewegung in die stillgelegte Außenpolitik gebracht wird. Falsch wäre es natürlich, in immer wieder enttäuschter Hoffnung auf Großbritannien zu hoffen. Viele Georges Anteilung an die Vereinigten Staaten zu gemeinsamem Vorgehen ist fühlbar ausweichend beantwortet worden. Für England kommt es in erster Linie darauf an, die positive Seite der Pariser Abmachungen zu erwischen, d. h. einen Bogen für die gemeinsame Aus-

beutung des Ruhrgebietes zu finden. Daß Frankreich im Übrigen stets betont wird, daß es an eine Rechtfertigung Deutschlands nicht denkt, ist selbstverständlich. Ebenso lebhaft wie seine Beteuerungen werden aber seine Behauptungen in entgegengesetzter Richtung sein.

### Die Einweihung der neuen Minister.

■ Dresden. Die Einweihung der neuen Minister erfolgte am Sonnabend vormittag. Dabei verabschiedeten sich der Wirtschaftsminister Helle und mit einer Dankesrede von den Beamten seines Ressorts und bat sie, dieselbe Gewissenhaftigkeit, die sie während seiner Amtszeit geübt haben, auch seinem Ventschaftrichter, dem Herrn Minister Helle, gegenüber über zu wollen. Ministerpräsident Dr. Seigner brachte dem ihm überreichten Minister den Dank und die Anerkennung des gesamten Ministeriums für sein Streben, dem Ganzen zu dienen, aus.

Der neue Wirtschaftsminister Helle galt in seiner Ansprache der Hoffnung auf treue Mithilfe Ausdruck, damit nunmehr der Verlust des Abstiegs eine Verlängerung des Aufstiegs folgen kann. Ministerialdirektor Dr. Hübner versicherte, daß die Beamten und Angestellten dem neuen Minister ebenso gewissenhaft dienen und alle Kräfte in den Dienst des Volkes stellen werden, wie sie es bisher getan haben.

Die Einweihung des neuen Finanzministers Böttcher fand im Finanzministerium statt, wobei Ministerpräsident Dr. Seigner u. a. ausführte: Ich möchte an dieser Stelle dem Schweidenden Kollegen Heidt den herzlichsten Dank für die Arbeit aussprechen, die er nicht nur uns, sondern dem Staat und dem Volk geleistet hat. Im Namen der sächsischen Regierung bitte ich Sie dringend, jede Arbeitskraft, alle Ihre Fähigkeiten für das Wohl des Staates einzufügen, damit es uns gelingt, was in der gestrigen Regierungserklärung ausgeführt ist, das Volk in eine bessere Zukunft hinüber zu führen. Die Mitarbeit aller ist dringend notwendig, und ich erbitte Sie von Ihnen auch gegenüber unserem neuen Kollegen. Bedenken aus anderer politischer Einstellung könnten nicht anerkannt werden. Sie können nicht politisch anerkannt werden, weil in dieser schweren Zeit politische Meinungsverschiedenheiten zurückzuhalten sind. Sie können auch menschlich nicht anerkannt werden, dazu sind die uns bedrohenden Gefahren zu groß. Nochmals bitte ich Sie, alle Ihre Kräfte Staat und Volk zu widmen.

Der neue Finanzminister Böttcher erklärte, mit den alten Methoden kommen wir sicher nicht aus dem gegenwärtigen Chaos heraus. Es müssen neue Wege gegangen werden. Keine Initiative, komme sie von unten oder von oben, darf gehemmt, sondern jede Initiative muss und wird begüßt werden. Wer sich mit allen seinen Kräften in den Dienst des Volkes stellt, wird ein willkommener Mitarbeiter sein. Jeder aber, der Hemmungen veranlaßt, wird nicht als Mitarbeiter betrachtet. Auch passive Zuschauer können und werden wir nicht dulden. Die Regierung wird nicht etwa nur eine Ermöglichung sein; denn sie rüstet sich auf die positiven Kräfte der Arbeit, jener geschichtlich vorwärts strebenden Kräfte, die die Zukunft der deutschen Nation verbürgen. Notwendig ist, daß sich auch die Beamten in die Front der proletarischen und republikanischen Verteidigung stellen. In diesem Sinne bitte ich um Zusammenarbeit.

### Die sächsische Regierung gegen das Verbot der proletarischen Hundertschaften.

Die sächsische Regierung erklärt eine Erklärung, in der sie gegen das vom Wehrkreiskommando IV angeordnete Verbot der proletarischen Hundertschaften Stellung nimmt. Die Regierung erklärt, sie habe gegen das Verbot gründliche Bedenken, weil „die Verhältnisse und die Entschlossenheit der proletarischen Hundertschaften, die Republik gegen alle Unrechte zu verteidigen, nicht bestritten werden können“. Sie werde ihre Bedenken auch in Berlin ernstlich aussprechen.

Wie gemeldet wird, betrachtet die Reichsregierung das Verbot der proletarischen Hundertschaften in Sachsen durch den Beschluß des Wehrkreiskommandos IV als rechtmäßig. Die Reichsregierung wird dafür sorgen, daß Ruhe und Ordnung in Sachsen aufrechterhalten bleiben. Rücksicht werde sie dies durch Verstärkung der Wehrmacht zu erreichen suchen.

Die Kommunisten gegen die sächsische Regierung.

■ Dresden. Unter der Überschrift „Ein unerhörter Stand“ wendet sich der kommunistische „Kämpfer“ gegen die Meldung der Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei zur Abstimmung Sachsen über das Ermächtigungsgesetz im Reichsrat und schreibt: „Die Abstimmung der sächsischen Regierung ist ein unerhörter Stand und ein noch größerer ist die sächsische Regierung. Weit nämlich, so argumentiert die sächsische Regierung, ihr bekannt war, daß die Reichsregierung mit dem Ermächtigungsgesetz keinen Nutzen merke, deshalb habe sie diesem Gesetz zugestimmt. Also, um die große Koalition zu retten, die man zu bekämpfen vorgibt, nimmt man einem Schundgesetz zu, das den Arbeitern und Angestellten die letzten Rechte nehmen will. Für diese Unrechte kann man nur dankbar sein. Kein Wort ist klug genug, um dieses Verhalten der bisherigen sächsischen Regierung zu brandmarken, die noch auf ihrem Sterbebett zusagen nichts besseres zu tun wußte, als den Heimatlosen der Arbeiterklasse liebendienste zu erweisen. Dieser Vorgang ist geeignet, das größte Mißtrauen der Arbeiterschaft wachzuhalten. Wir erwarten von unseren Genossen in der neuen Regierung, nachdem sie jetzt über alle Regierungsmassnahmen mit zu entscheiden haben, daß sie dogmatisch Protekt einlegen und derlei Sprüche der Regierung in Zukunft unter allen Umständen verhindern.“ Auch das „Dresdner Volksblatt“, das trotz des Verbotes des Wehrkreiskommandos weiter erichtet, weicht sich in ähnlichen scharfen Worten über die Haltung der sächsischen Regierung aus.

### Gewerkschaften und Brotpreis.

Die plötzliche, unerwartet starke Erhöhung des Brotpreises, die gekenn in Kraft getreten ist, hat in gewerkschaftlichen Kreisen große Beunruhigung hervorgerufen. Die Spitzenverbände der Gewerkschaften sind deshalb zu das Reichsnahrungsministerium und Reichsarbeitsministerium herangetreten. Der Reichsarbeitsminister hat gestern noch mittag die Vertreter der gewerkschaftlichen Verbände zur Befreiung dieser Frage empfangen.

### Die Plünderungen und Nahrungsmittelunruhen werden fortgesetzt.

■ Dresden. Gestern vormittag fanden Zusammenkünfte vor und in der Markthalle am Antoniplatz statt. Ein Zusammenschluß wurde angekündigt. Die Polizei löste darauf gegen 12 Uhr die Halle, die danach auf eine Viertelstunde geschlossen wurde.

■ Leipzig. Gestern vormittag sammelten sich wiederum um die Markthalle größere Menschenmengen an. Die Demonstration nahm einen bedrohlichen Charakter an, so daß gegen Mittag die Markthalle und der Antoniplatz durch verstärkte Polizeiaufmarsch geräumt werden mussten. Auch gestern kam es an verschiedenen Stellen zu Plünderungen von Bäckereien.

■ Berlin. Im Laufe des gestrigen Tages kam es an verschiedenen Stellen der Stadt zu Plünderungen von Bäckereien. Außerdem mußte die Polizei an verschiedenen Stellen Zusammenstöße von mehreren Tausend Menschen zerstreuen und teilweise dabei mit außergewöhnlichem Gewaltmaß vorgehen. Tot oder Verwundete sind bisher nicht gemeldet.

■ Mannheim und in Köln. In Mannheim und in Köln. Mehrere hundert Erwerbslose zogen gestern Vormittag zum Gewerkschaftshaus und von dort zum Rathaus. Eine Absperrung begab sich zu Verhandlungen ins Rathaus. Die Demonstranten umlagerten das Gebäude, dessen Türen eingeschlagen wurden, hielten die Straßenbahnen an und zwangen alle Fahrgäste, auszusteigen. Darauf schreit die Polizei zur Auflösung der verbotenen Zusammenkunft und zur Räumung des Platzes, was ohne Zwischenfälle vor sich ging. Ein Teil der Demonstranten begab sich über die Friedrichstraße noch dem Platz in der Nähe, dort unter dem Schutz der Polizei vor dem polizeilichen Einschreiten sicher zu sein. Vom Platz zog die Menge zur Mittelstraße und plünderte dort die Filiale eines Warenhauses und mehrere Fahrwerke mit Lebensmitteln. Die Polizei schritt gegen die Plünderer ein. Die Zusammenstöße haben zwei Todesopfer gefordert. Ein Oberwachtmeister wurde durch einen Schuß aus der Menge schwer verletzt, daß er bald nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus starb. Auch ein Arbeiter erhielt eine tödliche Schußverletzung.